

Mitteilung Nr. MIT-			<i>/ (wird von 00 eingetragen)</i>		
zur Anfrage nach § 36 GOSTVV der Stadtverordneten		AF - 5/2013			
der Fraktion		Paul Bödeker, Marina Kargoscha, Thorsten Raschen			
vom		CDU-Fraktion			
Thema:		14.01.2013			
		Runder Tisch Klinikreform			
Beratung in öffentlicher Sitzung:		Ja		Anzahl Anlagen: 0	

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es richtig, dass in einer der Sitzungen des Runden Tisches bestätigt wird, dass der Chefarzt Dr. Wagner und auch andere Chefarzte nicht zu den Sitzungen eingeladen werden sollen, obwohl es diesbezüglich, u.a. vom Aufsichtsratsvorsitzenden Melf Grantz, Zusagen gegeben hat?
 - a) Wenn ja, wie wurde die Entscheidung begründet?
 - b) Wenn nicht, wie sind die Chefarzte zu den Sitzungen eingeladen worden und haben diese an den Sitzungen teilgenommen?
2. Ist beabsichtigt, die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen zukünftig zu den Sitzungen des Runden Tisches einzuladen?
 - a) Wenn nicht, aus welchem Grund nicht?
3. Ist es richtig, dass es Überlegungen gab, Journalisten zu den Sitzungen des Runden Tisches einzuladen?
 - a) Wenn ja, sollte damit die kritische Berichterstattung gestoppt werden?
4. Ist es richtig, dass es zu den Sitzungen keine Tagesordnungen gab, obwohl dies gefordert wurde?
 - a) Wenn nicht, wer hat die Tagesordnungen erstellt und damit zu den Sitzungen eingeladen?
5. Trifft es zu, dass die Finanzierung der Klinikreform bisher nicht Gegenstand der Beratungen war?
 - a) Wenn nicht, welcher Stand der Finanzierung wurde den Sitzungsteilnehmern wie (Vorlage, Präsentation o.ä.) vermittelt?
6. War die Unzufriedenheit und Unruhe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffend der Klinikreform in den drei Krankenhäusern Diskussionsgegenstand bei den Sitzungen des Runden Tisches?

7. Trifft es zu, dass lediglich erst eine Abteilung des Klinikums Bremerhaven-Reinkenheide den Standortwechsel vollzogen hat?
- a) Wenn ja, wann werden die zwei weiteren Abteilungen an den neuen Standort umziehen?

II. Der Magistrat hat am XX.XX.2013 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.

Es gab keine Zusage vom Aufsichtsratsvorsitzenden Melf Grantz, dass die Chefärzte zu den Sitzungen des Runden Tisches eingeladen werden sollen. Vielmehr sollen diese bei Bedarf in den Prozess involviert werden.

Zu 1. a)

Gemäß Magistratsbeschluss vom 28.09.2011 obliegt es dem Lenkungsausschuss, sich weiteren Sachverständigen, insbesondere ärztlicher Vertreter sowie Fachleuten der Gesundheitswirtschaft, zu bedienen. Hiervon hat der Lenkungsausschuss bezüglich der Teilnahme von Chefärzten bislang keinen Gebrauch gemacht. In einer seiner Sitzungen hat der Runde Tisch ausdrücklich bekräftigt und entschieden, Chefärzte nicht am Runden Tisch teilnehmen zu lassen. Vielmehr sollen diese in gesonderten Gesprächen insbesondere mit den Geschäftsführungen der Häuser eingebunden und informiert werden.

Zu 2.

Zurzeit ist nicht beabsichtigt die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen zukünftig zu den Sitzungen des Runden Tisches einzuladen.

Zu 2. a)

Gemäß Magistratsbeschluss vom 28.09.2011 sollen dem Lenkungsausschuss für das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide die betroffenen Klinikleitungen, jeweils ein/e Vertreter/-in der Arbeitnehmer der betroffenen Kliniken sowie der Betriebsrat beteiligt werden. Dem Lenkungsausschuss bleibt es unbenommen, sich weiteren Sachverständigen, insbesondere ärztlicher Vertreter sowie Fachleuten der Gesundheitswirtschaft, zu bedienen.

Zu 3.

Es ist richtig, dass es aus der Runde der Sitzungsteilnehmer einen Vorschlag gab, Journalisten zur Teilnahme am Runden Tisch einzuladen.

Zu 3. a)

Nein, vielmehr sollte mit diesem Vorschlag die Arbeit des Runden Tisches näher vorgestellt und die damit einhergehende Projektkomplexität verdeutlicht werden. Eine Einflussnahme auf die journalistische Berichterstattung war nicht beabsichtigt.

Zu 4.

Dem speziellen Charakter des Runden Tisches als Lenkungsausschuss zur Steuerung des Projektkomplexes ist die Tatsache geschuldet, dass es zu den Sitzungen keine Tagesordnung gibt. Die drängenden Fragestellungen sollen und müssen sich aus dem Teilnehmerkreis selbst ergeben. Eine formale Tagesordnung würde diese Zielsetzung zu sehr einschränken. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Leiter und Projektverantwortliche keine weitere Unterstützung z. B. durch eine Geschäftsstelle erhält. Im Übrigen wurde in diversen Sitzungen darauf hingewiesen, dass gewünschte Besprechungsthemen vorab an den Leiter und Projektverantwortlichen gemeldet werden sollen.

Zu 5.

Ja, da zunächst die konkreten Umsetzungsplanungen erstellt und bewertet werden müssen.

Zu 6.

Ja, mehrfach.

Zu 7.

Nein. Das St.-Joseph-Hospital in Bremerhaven hat im Juni 2012 der Planungsbehörde (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit) gegenüber mitgeteilt, dass die Schließung der Gynäkologie und Geburtshilfe aus betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgen müsse und erklärt, daher den Versorgungsauftrag zurück zu geben. Durch die kurzfristige Rückgabe des Versorgungsauftrags war die Sicherstellung der Krankenhausversorgung in diesen medizinischen Bereichen in Frage gestellt. Um den Versorgungsauftrag für Bremerhaven lückenlos aufrecht zu erhalten, wurden aus krankenhauserplanerischer Sicht diese Disziplinen kurzfristig dem Klinikum Bremerhaven Reinkenheide ergänzend zu den dort bestehenden zugewiesen.

Im Übrigen kommt die Änderung der Bremerhavener Krankenhausstruktur und die damit einhergehende Zentrierung von Fachzentren erst dann in Betracht, wenn die vier vom Bremerhavener Magistrat am 28.09.2011 beschlossenen Grundkriterien umgesetzt sind:

- Die Träger des DRK-Krankenhauses Am Bürgerpark und des St.-Joseph-Hospitals fusionieren zu einer gemeinschaftlichen Betreibergesellschaft, um Kosten zu sparen.
- Die Reform darf keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben.
- Dem städtischen Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide entstehen durch die Reform keine wirtschaftlichen Nachteile.
- Das Land Bremen bezahlt die notwendigen Investitionen.

Grantz
Oberbürgermeister